

AKTUELL

UNTERNEHMER AN GAMBIA

Good cop, bad cop

Raymond Klein

Die Aussagen der Unternehmerlobbies in Bezug auf die Koalitionsverhandlungen klingen sehr unterschiedlich. Das sollte nicht über die versteckten Gemeinsamkeiten hinwegtäuschen.

Es sei unerhört, so der noch amtierende Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo am Mittwoch, dass der Unternehmerverband UEL seine Kritik am Krankenkassenbudget per Communiqué ausdrücke statt im Rahmen der Quadripartite. Ungewöhnlich, in der Tat, aber verständlich. Denn der UEL geht es in diesen Tagen, wie anderen Akteuren auch, darum, Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen zu nehmen. Im besagten Communiqué fordert der Verband denn auch die künftige Regierung dazu auf, bei seinen Entscheidungen die strukturellen Probleme der Krankenkasse nicht zu unterschätzen.

Unbeeindruckt von der Charmeoffensive sollte man, wie kluge Gangster, ein Arrangement suchen.

Bereits vor einer Woche hatte UEL-Präsident Michel Wurth dem Magazin Paperjam seine Wunschliste anvertraut. Er empfahl, bei Steuererhöhungen vorsichtig zu sein, die Financial transaction tax abzulehnen und die Löhne zu senken. In Sachen Index lobte er die Position der DP, es brauche noch eine „Abstimmung“ mit Sozialisten und Grünen. Letztere warnte er auch davor, durch zu hohe Energiekosten die Schwerindustrie und die KMU zu belasten.

Solche Aussagen liefern kritischen Beobachtern eine interessante Richtschnur für das künftige Koalitionsabkommen. Man wird insbesondere sehen, wie weit sich die beiden - zahlenmäßig stärkeren - linken Parteien über den Tisch haben ziehen lassen. Doch wie in guten Krimis gibt es beim Lobbying nicht nur den konfrontativen „bad cop“. Die Chambre de Commerce gibt diesmal den „good cop“, wie die Vorstellung ihres AAA-Plans für Luxemburg am Mittwoch zeigte.



Auffällig ist in erster Linie die sanfte und vage Ausdrucksweise, derer sich die Chambre bedient, bis hin zu ökologisch angehauchten Statements wie „Weniger ist mehr“. Interessant sind die Vorschläge zur Vermeidung von Firmenpleiten, überraschend das Plädoyer für eine weniger beschäftigungsintensive Wirtschaft. Die Vorgabe, das Budget erst 2018 ins Gleichgewicht zu bringen, ist erstaunlich moderat. Und natürlich sind auch die Konsenthemen zwischen Progressisten und Liberalen Teil der Charme-Offensive: Bildungsreform, Lösung der Wohnungsprobleme und politische Partizipation für Ausländer.

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch viele Gemeinsamkeiten mit den Forderungen der UEL. Selektivität und Kampf gegen „Missbrauch“ bei den Sozialausgaben, Flexibilisierung - hier als „Modernisierung des Arbeitsrechts“ umschrieben - Bezuschussung der Niedriglöhne bei gleichzeitiger Absenkung - sozialer Fortschritt sieht anders aus. Trotz des pragmatischen Tons des AAA-Plans hat sich die Chambre de Commerce auch noch nicht vom ideologischen Ballast befreit: Gegen die Inflation soll eine Desindexierung der Wirtschaft helfen, gegen das Staatsdefizit ein Geflecht von „Goldenen Regeln“, das Streben nach Nachhaltigkeit wird noch immer als Gefahr für Wirtschaft und Unternehmen gesehen.

Wünschenswert wäre, dass sich die Koalitionspartner nicht von der gespielten Uneigennützigkeit des „good cop“ beeindrucken lassen. Andererseits ist klar, dass die Chambre de Commerce eine Verhandlungspartnerin ist, deren Wellenlänge wohl näher an den drei Parteien ist, als die UEL. Möglicherweise gelingt es ihnen, wie kluge Gangster es vormachen, den Pragmatismus dieser Lobby zu nutzen, um ein Arrangement zu finden.

SHORT NEWS

Gen-Pionier bedroht Falter

Ob Soziales, Grundrechte oder Umweltschutz, in keinem Bereich lässt die EU-Kommission eine Gelegenheit aus, sich bei den fortschrittlichen Kräften unbeliebt zu machen. Am Mittwoch hat sie die Genehmigung für den Anbau des umstrittenen Gen-Mais 1507 gebilligt. Nun bräuchte es eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat, um die Genehmigung noch zu stoppen - unwahrscheinlich, da beide EU-Institutionen den Eindruck erwecken, weitgehend im Dienste der Wirtschaftslobbys und nicht der Bevölkerung zu stehen. Von NGOs in Europa und in Luxemburg wird kritisiert, dass die EU ihr eigenes Genehmigungsverfahren nicht korrekt durchführt. Der Mais 1507 des US-Unternehmens Pioneer Hi-Bred International ist resistent gegen ein gefährliches Herbizid, das beim Anbau zum Einsatz kommt. Außerdem erzeugt der Mais selber ein Insektengift - Greenpeace weist darauf hin, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit vor den Auswirkungen dieses Gifts auf Schmetterlinge und Falter warnt. Die NGO „Liewensmëttel ouni Gentechnik“ scheint die Hoffnung aufgegeben zu haben, dass die EU-Institutionen ihre Entscheidung überdenken und fordern vor allem ein Verbot des Anbaus auf nationaler Ebene.

Arcelormittal remonte dans le rouge

(lc) - Alors que les syndicats ont défilé dans la rue mardi dernier, pour mettre en garde la direction d'Arcelormittal contre l'introduction d'un soi-disant « plan de compétitivité » dans la convention collective - une façon détournée pour forcer par la petite porte des revendications inacceptables (voir woxx 1239), la multinationale vient de publier ses chiffres de l'année en cours. Depuis le début de l'année, le géant de l'acier a donc enregistré un déficit de 1,3 milliards de dollars, dont 193 millions au cours du dernier trimestre. En ce qui concerne le segment déficitaire de l'acier plat en Europe, l'ardoise de la perte opérationnelle se chiffre désormais à 131 millions d'euros. Pas de quoi se réjouir vraiment, dites-vous ? Et pourtant, ces pertes spectaculaires ne sont rien contre celles des années précédentes, et chez Arcelormittal, on commence à montrer un timide optimisme pour le futur. Pourtant, il ne semble pas que cette amélioration ait des répercussions sur la façon qu'a la direction d'envisager les négociations autour de la convention. Dans une intervention médiatique sur RTL, Michel Wurth n'a évoqué que les « efforts collectifs nécessaires à maintenir la compétitivité ». Mais quels efforts : ceux de l'ouvrier saigné à blanc, ou ceux d'une direction assise sur ses dividendes ? Telle est la question.

déi aner wochenzeitung
sucht unbefristet eine/n

JournalistIn

für den Bereich politische Aktualität und Soziales
(35 Stunden/Woche)

Anforderungen:

- Französisch und/oder Deutsch
- Bereitschaft zur Teamarbeit in selbstverwaltetem Betrieb

Bewerbungen (ausschließlich elektronisch) mit Textproben
an candidate@woxx.lu bis zum 18.11.2013.

Weitere Informationen: www.woxx.lu/job_offer